



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnent und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Friß Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 37

Charlottenburg, den 9. September 1904

31. Jahrg.

**Kollegen und Kolleginnen! Wer den Frieden will, rüste für den Krieg! Denkt an den Streikfonds; entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!**

### Sperren in Deutschland.

Die **Vollsperrre** besteht über Blechhammer (Bernhard Böhner), Köppelsdorf (Hering u. Weithase), Schlierbach, Zettau (Sonntag u. Söhne), Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

### Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Firma Rednagel), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. D. (Baetsch), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Edert u. Menz), Ramenz i. S. (Wogt), Königszell, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triptis, Ueckendorf.

### Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Dumar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Schlackenwert: Pfeiffer u. Löwenstein für Maler. Porzellanfabrik Mertelsgrün. Porzellanfabrik Nestler u. Co. in Briesen bei Bilin.

### Vom amsterdamer Kongress.

#### II.

= Zu dem Punkt der Tagesordnung betr. die Sozialpolitik und Arbeiterversicherung hielt Genosse Moltenbuhr das einleitende Referat, in dem er den gegenwärtigen Stand der Sozialreform kennzeichnete und darnach die Forderungen begründete, welche in der nachfolgenden Resolution formuliert, die Arbeiterschaft an Staat und Gesellschaft mit Recht zu stellen habe. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit, unter Ablehnung eines von amerikanischer Seite

gestellten Abänderungsantrages, angenommen. Sie lautet:

„In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so geringen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend versinken, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invaldität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft,

in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfälle und Invaldität möglichst verhindert werden, und durch obligatorische Versicherungs-gesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invaldität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invalditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungs-Einrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheitliche wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.“

Etwas lebhafter als über diesen Punkt war die Debatte über den Generalstreik. In der auch diesen Gegenstand vorbereitenden Kommission hatten die Holländer eine Resolution eingebracht, die besagt:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Ar-

beiterchaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kräfteanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, nur bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einfinden als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird.“

Die Kommission nahm diese Resolution mit überwältigender Mehrheit an und auch das Plenum entschied sich dafür. Da aber allem Anschein nach auch damit diese Frage noch nicht auf die Dauer erledigt sein dürfte, lassen wir hier im Auszug die von der holländischen Genossin Henriette Roland-Holst der Resolution mit auf den Weg gegebenen Begründung folgen:

„Das Proletariat ist sich der Schwierigkeiten vollkommen bewußt, die mit der Durchführung politischer Massenstreiks verknüpft sind, aber es weiß auch, welche Kräfte in seiner Mitte schlummern. Zwischen der Chimäre des anarchistischen Generalstreiks und der Idee des politischen Massenstreiks, wie er zu wiederholten Malen von sozialistischen Parteien angewandt worden ist, besteht ein ungeheurer Unterschied. Die Resolution soll diesen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Generalstreik und Massenstreik zum deutlichen Ausdruck bringen. Der anarchistische Generalstreik ist von der Kommission verworfen worden, weil er absolut undurchführbar ist. Eine so

vollständige Einstellung der Arbeit, wie die Anarchisten sie sich vorstellen, ist unmöglich. Andererseits zieht die Resolution keine bestimmten Grenzen, in welchem Umfange politische Massenstreiks zulässig sind. Ihr Umfang und ihre Ausdehnung sind von den geschichtlichen Umständen abhängig. Zweitens mußte mit der anarchistischen Auffassung aufgeräumt werden, die den Generalstreik als die soziale Revolution, als die endgültige Befreiung des Proletariats deutet. Unserer geschichtlichen Auffassung nach ist die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht das Werk einer vereinzelt Kraftanstrengung des Proletariats. Voraussetzung ist eine Revolutionierung der Geister, eine Umwälzung im Denken und Fühlen des Proletariats, eine Veränderung seiner Lebensbedingung und die Vorbereitung durch die langsame, stetige Tagesarbeit durch die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die Resolution vermeidet es, Stellung zum sog. Generalstreik zu ökonomischen Zwecken zu nehmen. Ueber ihre Zulässigkeit zu entscheiden, ist Sache der Gewerkschaftsorganisationen. Der politische Massenstreik hat nicht ökonomische Ziele, sondern richtet sich gegen den kapitalistischen Staat, um eine Verschlechterung der politischen Rechte der Arbeiter abzuwehren oder neue für sie zu erwerben. Ist nun ein solcher politischer Massenstreik möglich? Die Resolution sagt: unter bestimmten Bedingungen ja. Die Voraussetzungen aber sind: starke Organisationen, starke freiwillige Disziplin und die nötige Vorbereitung auf die Aktion. Ob diese Bedingungen erfüllt sind, das zu entscheiden, ist Sache des einzelnen Landes. Wenn der Klassenkampf sich aber verschärft, ist es möglich, daß der Massenstreik das einzige politische Kampfmittel des Proletariats ist."

Gegen diese Ausführungen wendete sich von den deutschen Delegierten Dr. Friedeberg, der seinen bekannten Standpunkt vertrat, daß im Gegensatz zur parlamentarischen Betätigung das Vorbereiten auf den Generalstreik stattfinden müsse. Diesem Redner tritt, ebenfalls von deutscher Seite, Robert Schmidt entgegen, der sich als vollständiger Gegner des Generalstreikgedankens vorstellt und betont, daß in den Kreisen der zentralisiert organisierten Gewerkschaften Deutschlands der Generalstreik nicht propagiert werde. Ihm

schließt sich seitens der Holländer Bliegen an, während von österreichischer Seite der Vertreter der Metallarbeiter Beer-Wien wohl auch den Generalstreik verwirft, aber doch in ihm ein Mittel sieht, zu dem zurück zu greifen das Proletariat eines Tages genötigt sein könnte. Es sprachen dann außer einem revolutionären Russen, der sich ebenfalls für den Generalstreik erklärte, zumeist noch französische Delegierte, die sich in der Mehrzahl auf seine Friedeberts stellten. In ihrem Schlusswort betonte dann die Referentin ausdrücklich: „Unsere Resolution sagt: Der Aufstand, der Generalstreik, ist schwierig, aber er ist vielleicht der einzige Weg, der auf den Berg hinaufführt“. Demnach dürfte auch diese Frage eine offene bleiben, trotzdem man sich im allgemeinen gegen den Generalstreik ausgesprochen und die holländische Resolution mit 36 Stimmen gegen 4 bei 3 Stimmenthaltungen angenommen hatte.

Die übrige Tätigkeit des Kongresses möchten wir in folgendem zusammen fassen. Bei der Einwanderungsfrage bestand eine Differenz darüber, ob die Sozialdemokraten für das Verbot der Einwanderung rückständiger Rassen eintreten dürfen. Die von deutscher Seite kommende Anregung, daß die Gewerkschaften aller Länder die eingewanderten Arbeiter aufklären und ihnen den Zutritt in die Gewerkschaften möglichst erleichtern sollen, fand allgemeine Zustimmung. — Die Entscheidung über die Ruli- und Regerfrage wird auf Antrag Keir Gardies dem nächsten Kongress überwiesen. Dieser findet 1907 in Stuttgart statt, nachdem Vebel für das gleiche Maß von Sicherheit und Freiheit wie in Amsterdam garantiert hat.

Dann folgt die debattelose einstimmige Annahme der dresdener Resolution für das Frauen-Stimmrecht, einer Resolution über die Trusts, der alten deutschen Mai-Resolution und einer Sympathie-Erklärung für die russischen Freiheitskämpfer.

Dem Sekretär des Internationalen Bureaus in Brüssel wird Decharge erteilt. Das Bureau bleibt in Brüssel.

Ein internationales parlamentarisches Komitee wird nach Holland verlegt. Die Holländer ernennen den Sekretär, jede Landesfraktion zwei Delegierte. Die Konferenzen werden nach Bedürfnis vom Sekretär einberufen, abwechselnd in die Hauptstädte Europas. Darauf wurde der Kongress geschlossen.

## Ueber die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1903

erschien jüngst im Korrespondenzblatt eine erschöpfende Abhandlung. Wir entnehmen im nachstehenden die hauptsächlichsten Ziffern aus den reichhaltigen Tabellen, die der Uebersicht im Korrespondenzblatt beigegeben sind.

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftliche Organisationen ein Kampfesjahr, wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 3 Maiaussperrungen), zusammen 1282 Kämpfe mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe war im Jahre 1895 mit 985. An den Streiks waren 75 830, an den Aussperrungen 45 763, insgesamt 121 593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verfloffenen Jahre. Sie erreichte damals 128 808, doch muß das Jahr 1896 als Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30 000, an dem Streiks der Hafenarbeiter 23 280 und an denen der Holzarbeiter 25 461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Den größten Prozentsatz erfolgreicher Streiks finden wir in der Gruppe Baugewerbe mit 54,4, dann folgt die Holzindustrie mit 53,8 und die Metallindustrie mit 47,7 pCt.

Angriffsstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47 pCt. aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53 763 Personen, darunter 2841 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betrugen 2 539 698 Mk. Für 42 656 an den Streiks Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3 778 041 Mk. Von den Streiks waren 281 = 46,6 pCt. erfolgreich, 154 = 25,5 pCt. teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 pCt. erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Abwehrstreiks und Aussperrungen brachte das Jahr 1903 679 = 53 pCt. aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 830 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser

## Feuilleton.

### Wie die Arbeiter eingerichtet sind.

In Nr. 34 der Ameise wurde in einem Artikel gezeigt, wie ungemein wichtig und bedeutend eine gesunde Wohnung für unser Leben und Wohlbefinden ist. Mit der Erörterung über eine gesunde Wohnung allein ist dieses Thema aber nicht erschöpft, sondern in einer Wohnung soll auch was drin stehen, mit ihr sollten auch alle jene Dinge dem Arbeiter zu Gebote stehen, die einer guten Wohnung erst ihren Wert verleihen und das Leben angenehmer zu machen vermögen. Wie es aber zumeist mit dieser inneren Einrichtung bei den Arbeitern aussehen dürfte, zeigt auch folgende Abhandlung:

Als im Jahre 1901 das nürnbergische Arbeitersekretariat die bekannte Schrift über Haushaltungsrechnungen nürnbergischer Lohnarbeiter veröffentlichte, meinte ihr Verfasser, die veröffentlichte Arbeit hat den Zweck, den sie sich stellte, nicht erreicht. Erfreulicherweise hat die Kritik nicht nur ein durchaus günstiges Urteil über die Arbeit gefällt, die Schrift

des nürnbergischen Arbeitersekretariats hat auch zur Nachahmung angeregt. Das Statistische Amt der Stadt Dresden, hat nach Art der nürnbergischen Erhebung eine Untersuchung über die Verhältnisse der dresdener Arbeiter in die Wege geleitet, die mit der Aufstellung eines Inventariums für die Arbeiterhaushalte begonnen hat, die sich an der Haushaltungsstatistik beteiligten. Im ganzen sind für 87 Arbeiterhaushalte gut ausgefüllte Inventurbögen eingegangen, deren Veröffentlichung einen recht klaren Blick in die Einrichtung von Arbeiterhaushalten tun lassen. Unter den 87 Haushalten befinden sich nicht nur ausschließlich Arbeiter, sondern auch 4 Handwerkerhaushalte. Das Jahreseinkommen der 87 Haushalte schwankt zwischen 177 und 2040 Mk. Den niedrigsten Jahresverdienst finden wir bei einem Invaliden mit 177 Mk. Das nächstniedrige Einkommen hat eine Arbeiterin mit 453 Mk.; 3 Haushalte hatten 700 bis 800, 12 hatten 800 bis 900, 7 hatten 900 bis 1000, 15 hatten 1000 bis 1100, 13 hatten 1100 bis 1200, 6 hatten 1200 bis 1300, 6 hatten 1300 bis 1400, 4 hatten 1400 bis 1500, 6 hatten 1500 bis 1600, 6 hatten 1600 bis 1700,

2 hatten 1700 bis 1800, 1 hat 1900, und 1 endlich 2040 Mk. Jahreseinkommen. Da die gemietete Wohnung den notwendigen Rahmen für das vorhandene Mobilar abgibt, so mußte sie bei der Aufnahme in erster Linie berücksichtigt werden. Es geht aus dieser Aufnahme hervor, daß die Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter noch in zahlreichen Fällen sehr viel zu wünschen übrig lassen. In 8 Wohnungen fehlte z. B. die Küche; durchschnittlich mußten die Haushalte 21 pCt. ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Der Prozentsatz der Miete stieg bei 13 Haushalten sogar auf mehr als 30 pCt. ihres Einkommens. Was nun das Mobilar selbst betrifft, so geht aus der Erhebung hervor, daß in einer großen Anzahl von Arbeiterfamilien zunächst nicht einmal genügend Lagerstätten vorhanden sind. Stellt man nämlich die Zahl der Mitglieder eines Haushaltes den vorhandenen Betten u. s. w. gegenüber, wobei Kinderkörbe, Kinderwagen u. s. w. den Kinderbetten gleich gerechnet werden, so stellt sich heraus, daß in 29 Haushalten mehr Lagerstätten als Personen vorhanden sind, daß in 26 Familien die vorhandenen Schlafgelegenheiten ausreichen, daß

Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 Mk. festgestellt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 613 673 Arbeitstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Aussperrungen betragen 2 541 286 Mk. und sind somit annähernd gleich hoch, wie die für die Angriffstreiks. Von den Streiks und Aussperrungen waren 342 = 50,4 pCt. erfolgreich, 85 = 12,5 pCt. teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 pCt. erfolglos. 15 Streiks und 30 Aussperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Aussperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher, als der der erfolgreichen Angriffstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war.

Bemerkenswert ist, daß auch im verflossenen Jahr mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 pCt. aller Kämpfe zur Abwehr gegen Maßregeln und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterschaft geführt werden mußten. Im Jahre 1902 waren 66,4 und 1901 60,0 pCt., im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 pCt. aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren übte sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Aussperrungstaktik. Im Jahre 1900 wurden 46 Aussperrungen mit 14 630 Beteiligten, in den folgenden 3 Jahren 35 mit 8460, 56 mit 6791 und 82 mit 45 763 Beteiligten von dem Unternehmertum durchgeführt. In den letzten vier Jahren waren also nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 75 644 Beteiligten, von denen 51 961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1 937 108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4 833 760 Mk. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden.

Im Jahre 1903 betrug der Verlust an Arbeitszeit für 32 036 Ausgesperrte 1 512 771 Tage. Ausgesperrt wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfallen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1 798 801 Mk., worin die Ausgabe für Aussperrungen der

Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitverrechnet. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 pCt. erfolgreich für die Arbeiter 13 = 15,8 pCt. teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 pCt. erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai ausgesperrt. Ueber die Maiaussperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Centralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Maiaussperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Aussperrungen.

Ueber die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 602 männliche und 3437 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also trotz amtlicher Statistik keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Beigelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittelung der Lokalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittelung des Centralvorstandes, in 47 Fällen durch Vermittelung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1698 Mal von den Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen versucht wurde und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 Mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 080 984 Mk. Davon kamen 4 511 621 Mk. = 88,8 pCt. aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 Mk. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 Mk. durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336 799 Mk. durch Sammlungen und 40 348 Mk. vom Auslande. In den Jahren 1890 bis 1903 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 173 064 Mk., wovon 70 pCt. aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden ins-

gesamt 387 834 Mark an Unterstützungsgeldern gesandt.

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus den Verbandsklassen kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahr. Es ist dies durch die Unterstützungen, die für die größeren Aussperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtsloser denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird.

## Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

In Rücksicht auf die in nächster Zeit erfolgenden Entlassungen vom Militärdienst sei auf § 6 Ziffer 5 Absatz 3 des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht, wonach vom Militär entlassene Mitglieder wieder in ihre alten Rechte eintreten, sofern sich dieselben **spätestens innerhalb 14 Tagen** beim früheren Zahlstellentassierer melden. Die Zahlstellentassierer werden ersucht, die erfolgten Meldungen möglichst bald dem Verbandskassierer mitzuteilen, damit der entsprechende Vermerk in der Stammliste gemacht werden kann. Sofern Unterstützungen, Fahrgehalte, zc. für die vom Militär entlassenen Mitglieder beantragt werden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Anweisung an die Zahlstellentassierer zur Auszahlung der Unterstützungen zc. so lange nicht gegeben werden kann als die Betreffenden beim Verbandskassierer als vom Militär zurück noch nicht gemeldet sind.

Für die Mitglieder des **Beihilfefonds** sind die Fragen des Aufnahmescheins innerhalb **14 Tagen** von neuem zu beantworten, und der Aufnahmeschein an den Verbandskassierer einzusenden, andernfalls die Mitgliedschaft im Beihilfefonds erlischt.

Die Zahlstellentassierer wollen die in Frage kommenden Mitglieder hierauf aufmerksam machen.

Johann Schneider, Verbandschriftführer.

sie, wenn man 2 Kinder auf ein großes Bett rechnet, in weiteren 10 Familien ebenfalls noch genügen, daß dagegen in 21 Familien, also etwa beim vierten Teil, zu wenig Schlafgelegenheiten vorhanden sind. Die Qualität des Mobiliars läßt durchweg sehr viel zu wünschen übrig. Nur drei Haushalte berichten, daß die Möbel im guten Zustande seien. Dabei handelt es sich aber immer um junge Ehen. Andre Fragebogen bezeichnen die Möbel als sehr einfach. Charakteristische Antworten in dieser Beziehung sind folgende: „Läßt zu wünschen übrig“, „schon sehr abgenutzt“, „Kram geht schon aus dem Leim“, „nach zwölfjährigem Gebrauch erneuerungsbedürftig“, „Sehr abgenutzt und ersatzbedürftig“, „In den 5 Jahren nach der Eheschließung abgenutzt und in die Brüche gegangen“. Alles in allem muß das Urteil über die Qualität des Mobiliars lauten: Unehrlich im Aeußeren und unsolide im Innern. Wie wenig mitunter das vorhandene Mobiliar u. s. w. im entsprechenden Verhältnis zu den darin lebenden oder darauf angewiesenen Personen steht, ist aus den genauen Zahlen über das Haus- und Küchengerät augenfällig zu erkennen: Haushaltungen von 8 bis 10

Römpfen müssen mit 4 Tellern und mit 1/2 Duzend Löffeln und 5 Messern auskommen. Ein Waschgeschirr fehlt in einer Familie ganz, 52 Familien, darunter viele die sonst mit Geschirr verhältnismäßig reich ausgestattet sind, haben nur ein Waschgeschirr, 22 haben 2, 8 haben 3, und 3 Familien besitzen sogar 4 Waschgeschirre. Unter den Kleidungsstücken sind die Anzüge das Unentbehrlichste. Man kann annehmen, daß jedermann allermindestens einen Arbeitsanzug und einen anderen Anzug besitzen muß. Dieses Mindestmaß erreichen aber fünf Haushaltungsvorstände nicht. Ein Arbeiter besitzt nur 1 Arbeitsanzug, 3 haben nur 1 Anzug zum Ausgehen, von ihnen trägt einer als Schneiderhelfer bei seiner Arbeit wahrscheinlich nur Hosen. Im Durchschnitt kommen auf jeden an der Statistik beteiligten Mann 2 Ausgangs- und 1 1/2 Arbeitsanzüge. Die Frauen sind demgegenüber reichlicher mit Anzügen versehen, da auf jede Frau durchschnittlich 2 Ausgangs- und 2 1/2 Arbeitsanzüge kommen. Nächst den Anzügen sind Stiefel ein unentbehrliches Kleidungsstück, von denen jeder Mann mindestens zwei Paar besitzen muß, um das zweite Paar be-

nutzen zu können, wenn das erste durchnäht, oder zur Ausbesserung beim Flichschuster ist. Ein einziger Mann hat überhaupt kein Paar Stiefel, sondern geht wahrscheinlich in Hausschuhen. 16 Männer und 28 Frauen haben nur 1 Paar Stiefel, 35 Männer und 38 Frauen haben 2 Paar, 23 Männer und 13 Frauen besitzen 3 Paar und 11 Männer und 7 Frauen besitzen 4 oder mehr Paar Stiefel. Ein Mann verfügt somit durchschnittlich über 2,6 eine Frau über 2,1 Paar Stiefel. Diese reichlichere Stiefelausstattung der Männer hängt damit zusammen, daß Frauen, welche nicht auf Arbeit gehen, den größten Teil des Tages Hausschuhe tragen und daher weniger der Stiefel bedürfen. Bei allen andern Bekleidungsgegenständen ist die Frau die besser oder wenigstens besser ausgestattete Gehälft. Auf einen Mann kommen durchschnittlich 1,7 auf eine Frau dagegen 2,3 Ueberröcke, ein Mann besitzt im Durchschnitt 1,8 Hüte, eine Frau 2,0. Der Besitz an Wäsche ist vielfach ungenügend. Für die Kinderbetten sind in 42 Haushalten nicht hinreichend Bezüge vorhanden. Geht man davon aus, daß jede Person regelmäßig mit ihrer Bettwäsche wechseln muß, so genügen

Wollmann und Schneider auf Reisen.  
Zuschriften von Margarethenhütte, Altwasser, Schlerbach und Goltha werden zur Kenntnis genommen. In Bezug auf letztere Zahlstelle erklärt sich der Vorstand mit den inzwischen gegebenen Verhaltensmaßregeln einverstanden. — Dem Mitgliede 9609 wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-A. bewilligt. — Ein Antrag Meuselwitz, auf Entsendung eines Vorstandsvertreters, wird dem Bureau zur eventuellen Berücksichtigung überwiesen. — Ueber einen erneuten Antrag der Zahlstelle Selb, die Differenzunterstützung des Mitgliedes 14885 betreffend, wird zur Tagesordnung übergegangen, weil neue Momente nicht vorgebracht wurden. — Einen Antrag der Zahlstelle Selb über verschiedene Maßnahmen des Verbandsleiters wird verlesen und definitive Beschlussfassung vertagt. — Dem Antrag der Zahlstelle, einen anderen Bureaubeamten als Referenten dort sprechen zu lassen, kann nicht stattgegeben werden. — Ein Antrag der Zahlstelle Köpplersdorf, daß die wegen der Extrabeiträge gestrichenen Mitglieder bei ihrem Wiedereintritt die Extrabeiträge nicht nach zu zahlen brauchen, wird angenommen. — Dem Mitgliede 29312 (Einzelmittglied Odeffa) wird die Genehmigung zum freiwilligen Abgang bewilligt und Unterstützung nach § 8 des Statuts zugestanden. — Das Mitglied 19204 Charlottenburg wird auf Antrag der Zahlstelle Berlin II auf 1 Jahr vom Unterstützungsanspruch und von der Benutzung des Arbeitsnachweises letzgenannter Zahlstelle ausgeschlossen. — Schmeißer, Altwasser, Grünbeck, Köpplersdorf, und Röder, Credititz, werden mit je 3 jähriger Straffarenzzeit in den Verband aufgenommen.

G. Graß, stellv. Vorsitzender.

### Aus unserem Berufe.

**Berlin.** (Aus dem Berufe der Schildermaler.) Es war voraus zusehen, daß die kräftig aufstrebende Organisation der berliner Schildermaler sehr bald die lebhafteste Gegnerschaft der Unternehmer hervor rufen würde. Die Herren Schilderfabrikanten, die sich sonst aus Konkurrenzgründen in weitem Bogen aus dem Wege gehen, finden sich gar schnell zusammen, wenn es gilt einem unserer tätigen Kollegen eins auszuwischen. Da klingelt das Telephon alle Augenblicke und der eine „Chef“ erzählt dem andern in allem Vertrauen, was für einen gefährlichen „Hezer“ dieser unter seinen Leuten habe. Wenn bisher diese feige Ohrenbläserei und das gewiß recht „menschliche“ Bemühen, einen Familienvater auf diese hinterlistige Weise um Lohn und Brot zu bringen, nicht den von ihren Verursachern

36 Haushalte dieser Bedingung nicht. Mehr als zwei Fünftel der in Betracht kommenden Arbeiterfamilien haben nicht die hygienisch erforderliche Bettwäsche. Sogar an Hemden, Strümpfen und Unterleibern fehlt es bisweilen. 29 Haushaltungen haben nicht genug Männerhemden, 16 nicht genug Frauenhemden. An Kinderhemden fehlt es um so mehr, je mehr Kinder in der Familie vorhanden sind. Für das erste Kind werden erhebliche Anschaffungen gemacht, die später geborenen Kinder müssen dagegen, da der Haushalt nun schon stärker belastet ist, die Hemden ihrer älteren Geschwister mit auftragen. An Gardinen, die die Wohnung erst behaglich machen, fehlt es in 5 Familien, von denen 3 auch der Rouleaux entbehren. Eigentliche Schmucksachen, die zu den Luxusgegenständen zu rechnen sind, fehlen in 44 Familien gänzlich. In den übrigen Haushalten sind die Schmucksachen meist belanglos. Der Besitz an Büchern und Kunstgegenständen ist bescheiden, zeugt aber doch von vorhandenem Bildungsbedürfnis. Will man nach diesen einzelnen Stichproben aus der Inventurstatistik ein allgemeines Urteil abgeben, so kann es nur dahin lauten, daß es den Arbeitern im allgemeinen und im Durchschnitt noch sehr an den nötigsten Mitteln fehlt, um sich gesundheitlich richtig und einigermaßen behaglich einzurichten zu können.

gewünschten Erfolg gehabt hat, so liegt das wirklich nicht an dem guten Willen der letzteren. Sondern hier macht sich wohl schon der Einfluß einer festgefügteten Arbeiterorganisation mit geltend. Aber bezeichnend ist dieses Benehmen einzelner Unternehmer immerhin und die Kollegen tun gut, die Augen gar recht offen zu halten. Wie notwendig das ist, beweist ja auch ferner der bei der Firma Heckert, Prinzenstraße, eingetretene Differenzfall. Bei jener Firma waren bisher vier Kollegen tätig. Die ihnen durch den Wertmeister zu teil gewordene Behandlung muß viel zu wünschen übrig gelassen haben; denn die Kollegen klagten über die ungeschliffensten Schimpfworte, die ihnen von dem Wertmeister an den Kopf geworfen wurden. Man drang auf Besserung dieses Zustandes und im Auftrage der bei H. tätigen Kollegen wurden bei der Firma zwei andere Kollegen vorstellig. Herr H. versprach, den Klagen Abbruch tun zu wollen. Das geschah nun aber in einer nicht erwarteten Weise. Denn die beklagten Uebelstände wurden dadurch beseitigt, daß jener Kollege, der sich bei der Organisation über die Schimpfreden des H.'schen Wertmeisters beschwert hatte, von H. entlassen wurde. Das war aber entschieden völlig verkehrt von der Firma gehandelt; denn von einer solchen Einlösung der gegebenen Zusage wollten die übrigen drei Kollegen nichts wissen und gemeinsam mit dem Entlassenen legten sie die Arbeit nieder. Nun sind freilich die Klagen über jene Firma einstweilen verstummt, doch in einer Art, die gerade für Herrn Heckert Nachscham unliebsamsten sein dürfte. Die organisierten Kollegen werden es für eine selbstverständliche Pflicht halten, so lange die Differenzen bei der Firma Heckert nicht beigelegt sind, jene Werkstatt zu meiden. Auch dafür zu sorgen, daß die Firma in der Hoffnung irre geht, ihre Arbeiten einfach außer dem Hause anfertigen lassen zu können, wird eine gern zu lösende Aufgabe unserer Kollegen sein. — Jedenfalls wird dieses Vorkommnis zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeiterorganisation in unseren Kreisen beitragen und die Kollegen in dem Gedanken befestigen, daß, wollen sie etwas erreichen, sie es nur durch gemeinsames Handeln erlangen können. Nicht von unserer Seite wurde jene Differenz veranlaßt; wir drängen nicht mutwillig oder unbesonnen zum Kampf. Wird uns aber von seiten der Unternehmer oder eines einzelnen Arbeitgebers der Streit aufgezwungen, dann werden wir zu zeigen bereit sein, daß uns die jüngste Zeit doch wohl etwas weiter in der Organisation gebracht hat und daß wir fest gewillt sind, diese Organisation noch weiter zu kräftigen und auszubauen.

**Ueber die Geschäftslage in der Porzellanfabrikation** wissen die Handelskammern der sächsisch-thüringischen Industrie-gruppe zusammenfassend zu berichten: „Die Gesamtlage der Porzellanfabrikation läßt sich am besten mit den Worten kennzeichnen: Vermehrter Umsatz, geringerer Verdienst für die Unternehmer, ausreichende Arbeitsgelegenheit für die Porzellanarbeiter bei auskömmlichen Löhnen.“ — Es liegt ja im Wesen der Handelskammern, daß sie die Profite ihrer Angehörigen nach Möglichkeit abzuleugnen versuchen und demgegenüber die wohlwollende Fürsorge der Unternehmer für die Arbeiter betonen. Aber zu glauben braucht man trotzdem diese Auslassungen nicht. Wenigstens uns fällt es ungemein schwer obige Sätze mit der Wirklichkeit in Einklang bringen zu können. Den Unternehmer soll man uns einmal zeigen, der sich mit geringeren

Verdiensten begnügt und „seinen“ Arbeitern freiwillig höhere Löhne zahlt. Besonders in den Kreisen der Porzellanindustriellen wird es damit seine Schwierigkeiten haben. Und was heißen eigentlich „auskömmliche“ Löhne? Meint man damit die häufig geradezu jämmerlichen Verdienste unserer Kollegen von 8, 10 bis 15 M.? — Gerade jetzt ging uns wieder eine längere Zuschrift eines arbeitslosen Kollegen zu, die davon zeugt, was es mit der ausreichenden Arbeitsgelegenheit auf sich hat. Wohl glänzt die leipziger Messe von den Fabrikaten der deutschen Porzellanfabriken und nach den dort gemachten Aufwendungen zu schließen, müßten die Fabriken alle tüchtig zu tun haben. Aber der um Arbeit Suchende gewinnt bald andere Erfahrungen. Wo er auch anklopft, zumeist wird er abgewiesen. Die Geschäfte gingen nicht, oder man wolle nur noch Mädchen beschäftigen. Alles will schlechte Geschäfte gemacht haben und nichts zu tun haben. Nur in den Terrakottafabriken sei ein Aufschwung bemerkbar. — Jedenfalls wird man den Arbeiter auf die Dauer weder über die ausreichende Arbeitsgelegenheit noch über die auskömmlichen Löhne am allerwenigsten jedoch über die „geringen“ Verdienste der Unternehmer täuschen können. — Was es übrigens mit den „geringen“ Verdiensten der Unternehmer auf sich hat, davon geben die geschäftlichen Notizen in der letzten Nummer der Rundschau einen ungefähren Begriff. Denn da finden wir, daß die „geringen“ Verdienste es einer ganzen Reihe thüringischer Porzellanfabriken ermöglichten, eine Reihe von Erweiterungsarbeiten vorzunehmen. So die Fabriken Limbach, Gräfenthal, Roschütz. Ferner sprechen folgende Notizen ebenfalls genügend für die „geringen“ Verdienste: „Porzellanfabrik Kahla. In der gestrigen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, einer einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 900 000 M. zur notwendigen Weiterentwicklung des Unternehmens vorzuschlagen.“ — „Annaburger Steingutfabrik, Aktiengesellschaft, Annaburg. Das Ergebnis des mit dem 30. Juni d. Js. abgelaufenen Geschäftsjahres wird voraussichtlich die Verteilung einer Dividende von 6 bis 7 pCt. gegen 4 pCt. im Vorjahre gestatten.“ — Vielleicht weist uns die Rundschau in ihrer nächsten Nummer demgegenüber auch eine Steigerung der „auskömmlichen“ Löhne der Porzellanarbeiter in Kahla und Annaburg nach??

**Rheinsberg.** An die rheinsberger Steingutfabrik, R. Schanz u. Co. richtete jüngst ein Kollege die Anfrage, ob er in jener Fabrik Arbeit erhalten könne. Der Anfrage war eine Karte zur Antwort beigelegt. Die bezahlte Antwort kam zurück und zwar in einer Weise die für den Anstand und das Gefühl der bei der rheinsberger Firma maßgebenden Personen recht bezeichnend ist. In großen Worten stand nämlich auf jener Karte: „Nie!“ Unterzeichnet „Bergmann und Lindemann“. — Wir verzichten auf eine erschöpfende Kritik eines derartigen Benehmens, das sicherlich weder mit kaufmännischem Anstand noch mit irgend welchem männlichen Ernst in Verbindung zu bringen ist. Diese Karte mutet uns vielmehr wie ein recht dummer Scherz eines halbwüchsigen Comptoirburschen an, der in seiner jugendlichen Einfalt noch nicht weiß, wie einem arbeitssuchenden Menschen zu Mute ist und der da glaubt von seinem Comptoirsessel aus jeden Arbeiter wie einen dummen Jungen behandeln zu können.

**Aus dem selber Verbands.** Wie wir in den letzten „Mitteilungen“ des selber Verbandes, erschienen im Monat August,

lesen, beschäftigte sich der Vorstand jener Vereinigung in seiner Sitzung vom 28. Juli 1904 auf Anregung eines Mitgliedes auch mit dem in Nr. 29 der „Ameise“ erschienenen Artikel „Eine vergessene Antwort“. Dieser Artikel erinnerte bekannter Weise den Vorstand des selber Verbandes an die Beantwortung der Frage, wie sich die „Magdeburger“ zu der Zumutung Dr. Ehrlichs, diesem Streikbrecher zu stellen, verhielten. blieb die Antwort darauf das erste Mal aus, so auch jetzt wieder. Großmütig verzichtete der gesamte Vorstand auf eine Entgegnung, die „ja doch zu keiner Verständigung führen würde.“ Mit anderen Worten also, den selber Verbandsmitgliedern ist der Streikbruch gestattet. Trauriger konnte sich die selber Verbands Herrlichkeit freilich nicht zeigen. Und würdig der Quertreibereien, mit denen die Leitung des ehemaligen Magdeburger Verbandes schon im Jahre 1891 die Einigungsbestrebungen der deutschen Kollegenschaft hintertrieb, ist diese Rückgratlosigkeit der Führung des heutigen Ueberrestes jener ehemaligen Herrlichkeit von Hellmigs Gnaden. — Bei 375 Mitgliedern hatte die selber Arbeitswilligen-Organisation im 2. Quartal dieses Jahres 857,64 M. Einnahmen und 913,98 M. Ausgaben. Der Vermögensbestand betrug 4648,14 M. Um wenigstens nach einer Seite hin tätig zu sein, agitiert der Vorstand innerhalb der 375 selber Verbandsmitglieder für — die Meißener Hilfsrentenkasse!

**Im waldenburger Bezirk** fanden in der letzten Woche ebenfalls mehrere öffentliche Versammlungen statt, in denen Genosse Ziesch zu den Kolleginnen und Kollegen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Die erste der Versammlungen dieser zweiten schlesischen Agitationstour fand am Freitag, den 26. August, in Waldenburg statt. Leider war der Saal in der Stadtbrauerei noch nicht fertig hergestellt, so daß sich die Kollegen und Kolleginnen in der größten Stube des Lokals zusammen zwängen mußten. Aber man rückte ein wenig zusammen, nahm noch einen Nebenraum zu Hilfe und aufmerksam hörte man den Worten des Referenten zu. Die Gewerkschaftsbewegung hat in Waldenburg im allgemeinen keinen leichten Stand. Mit allen Mitteln sucht man dort der Arbeiterbewegung den Boden abzugraben und besonders alles das, was irgend wie mit dem Gewerkschaftskartell zusammen hängt, ist in Acht und Bann getan. Für eine Kartellversammlung ist überhaupt kein Lokal zu haben und kein Wirt, die ja alle zumeist nur durch die und von den Arbeitern leben, will mit dem Kartell etwas zu tun haben. Nach diesem Allgemeinen kann man daher auch schon einigermaßen auf die weitere Gegnerschaft schließen, die bei Ausbreitung der Gewerkschaften seitens der Unternehmer zu teil wird. Das Großkapital macht sich hier besonders geltend und von seiner Arbeiter-Koalitionsfeindschaft wissen nicht nur die Bergleute zu erzählen. — In der Kristerischen Porzellanfabrik, die weit über 1000 Arbeiter beschäftigt, ist nur knapp der zehnte Teil der Kollegenschaft organisiert. Hier dürfen sich die Kollegen die regste Organisationsarbeit also aufs eifrigste angelegen sein lassen und in dem eigenen Interesse der dortigen Genossen ist es zu wünschen, daß die Worte, welche in jener Versammlung zu ihnen gesprochen wurden, auf fruchtbaren Boden gefallen sind und daß sie hundertfach Früchte tragen. — Der Sonnabend gehörte den Kollegen in Altwasser. Waldenburg und Altwasser gehören ja mit zu den ältesten Orten unseres Verbandes und so fand sich denn auch mancher in unseren

Reihen grau und alt gewordene Kollege zu der Versammlung ein. Auch hier hörte man mit regem Interesse den Ausführungen des Redners zu und in der an den Vortrag sich schließenden Diskussion verpflichtete man sich zu eifrigem Weiterarbeiten für den Verband, für die Organisation. Mit Begeisterung stimmten die Anwesenden — wohl über 250 Personen — darunter viele Frauen und Mädchen — in das Hoch auf den Verband ein. Möge er wachsen und blühen, die altwasser Kollegen werden sicherlich nicht die letzten sein, die schließlich auch wieder einmal die Organisation recht nötig haben werden. Aber man wird dort in der Agitation für den Verband nicht erlahmen. Wenn sich die Hingabe und Bereitwilligkeit einzelner Kollegen stets in entsprechender Weise selbst belohnen würde, die Zahlstelle in Altwasser müßte und könnte anders dastehen. — Am Sonntag früh ging es über die Berge mit den herrlichen Ausichten, den schönen Wäldern und prächtigen Wiesen nach Charlottenbrunn und Sophienau. Die Versammlung fand in dem letzteren Orte in einem Gasthose statt. Bedauerlicher Weise war uns aber auch hier der Saal nicht zugänglich und wieder mußte eine Gaststube herhalten. Da war nun freilich jeder Platz, auch der engste, besetzt, doch zumeist von Nichtkollegen. Von den in Charlottenbrunn arbeitenden Kollegen hatten sich nur wenige eingefunden und besonders die Maler glänzten durch Abwesenheit. Denn auch gerade diese sind es, die sich mit nur einigen Ausnahmen von der Organisation fern halten und die alle möglichen haltlosen Einwendungen machen, um nicht dem Verbands beitreten zu müssen. Und doch konnte man so manche Beschwerde über die dortigen Zustände hören. Aber kann diesen dadurch abgeholfen werden, daß man in persönliche Zimmerlichkeiten verfällt, diese und jene Kleinlichkeit hervor sucht, um der Organisation fern bleiben zu müssen? Die dortigen säumigen Kollegen sollten doch vor allen Dingen eins bedenken, sie sind doch nicht irgend jemand andern zum Gefallen in dem Verband, sondern nur ihrer eigenen Interessen werden sie durch die Organisationsarbeit gerecht und nur ihrem Vorteil gilt ihr Arbeiten. Wären sie nur in der Versammlung gewesen, sie hätten sich von dieser Wahrheit überzeugen können. Freilich hat dieser schier fabelhaften Gleichgültigkeit gegenüber eine Verwaltung einen schweren Stand und ihre Arbeit ist sicherlich keine leichte. Aber dann heißt es eben erst recht nicht die Hände in den Schoß legen und ruhig zusehend warten zu wollen, wie die Dinge von selbst besser werden, sondern da muß umso energischer, anhaltender gearbeitet werden, dann wird auch unter selbst noch so ungünstig erscheinenden Bedingungen der Erfolg nicht ausbleiben. Beweis dafür ist, daß die Organisationsverhältnisse in Sophienau schon bei weitem bessere, als gegenwärtig es der Fall ist, waren. Es gilt also dort in erster Linie Verlorenes wieder zu erlangen und da mögen die Kollegen wohl einen schweren Stand haben, aber es hilft nichts, gearbeitet muß werden, sonst können wir nicht nur in Sophienau, sondern auch überall einpacken und unsere gemeinsame Sache mut- und hoffnungslos im Stich lassen. — Erfreulicher war dagegen das Bild, welches am Montag abend die schöne Versammlung in Sorgau bot. Wohl gegen 250 Personen hatten sich zu derselben eingefunden und mit sichlichem Interesse hörte man auch hier dem Vortrage zu. Aber nicht mit dem Hören allein ist es getan und keineswegs kann mit dem Besuch der Versammlung und dem Bei-

fall die Aufgabe der Versammelten erfüllt gewesen sein, sondern die Hauptsache ist nun, daß das Gehörte überlegt, reiflich überdacht und dann darnach gehandelt wird. — In Stanowitz, wo anfänglich ebenfalls eine Versammlung stattfinden sollte, war bisher alle Mühe vergeblich. Es war im vornherein kein Lokal zu einer Versammlung zu bekommen. Das gleiche Mißgeschick wiederholte sich dann in Königszell. An beiden Orten liegt die Organisation noch seit dem altwasser Streik vom Jahre 1895 gänzlich darnieder und hier wie dort scheint unter den Kollegen nicht nur eine ganz unbegreifliche Gleichgültigkeit gegenüber allen Organisationsfragen zu bestehen, sondern auch die Furcht vor dem Unternehmer, das kurzfristige Interesse an das dort herrschende Prämiensystem, dann die Angst, jeden Augenblick bei einem der Fabrikleitung nicht genehmen Schritt von den eigenen Arbeitsgenossen angezeigt zu werden und nicht zuletzt eine ziemliche Menge völlig unberechtigten Vorurteils gegen die Verbandsleitung, erschweren alle Organisationsarbeit ins Unerwartete. Doch auch in Stanowitz wie in Königszell wird und muß einst unsere Zeit wieder kommen und eines Tages wird den dortigen Kollegen der Verband doch als die einzige Zufluchtsstätte erscheinen. Auch in Königszell geht der Krug nur so lange zu Wasser bis er bricht. Die dortigen Kollegen können sich ja jetzt schon selbst fragen, ob sie mit der dortigen Fabrik- und Zuschußkasse vollauf zufrieden sein können oder ob denn nicht doch mal Zeiten kommen können, wo sie sich diesen und jenen Uebelständen gegenüber nach einem festeren Halt werden umsehen müssen, als ihnen die Personale allein gewähren! Doch wir werden uns wieder sprechen. — Breslau machte den Schluß und fast übervoll war der zweitgrößte Raum in dem dortigen Gewerkschaftshaus am Donnerstag von den Kollegen — zu denen sich auch einige Kolleginnen gesellten — besetzt. Von den dortigen Schilder-malern — wohl 15 an der Zahl — hatten sich trotz besonderer Einladung nur zwei Mann eingefunden. Die breslauer Schilder-maler scheinen sich demnach an das bessere Beispiel ihrer berliner Kollegen, die ja bis auf einige sämtlich organisiert sind, nicht besonders lehren zu wollen. — Im großen und ganzen verlief die Tour günstig und wenn von den Kolleginnen und Kollegen die Worte, welchen sie so begeistert Beifall zollten, in der Praxis ebenso lebhaft befolgt werden, dann könnte man mit dieser Reise recht zufrieden sein.

### Vermischtes.

— In Sachsen-Weimar sind auf Grund des dort gehandhabten Versammlungs-„rechts“ gewerkschaftliche Versammlungen eben so unmöglich wie politische und die tiefeingewurzelte Abneigung der weimarschen Behörden gegen politische Arbeiterversammlungen übertrug sich auch auf die Gewerkschaften und macht den dortigen Arbeitern die Ausübung des reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts zum größten Teile zur Unmöglichkeit. Einige besonders trasse Fälle der jüngsten Zeit mögen das beweisen. Seitens des Porzellanarbeiter-Verbandes waren in den letzten Wochen mehrere Agitationstouren durch Thüringen veranstaltet worden. Und so sprach denn in einer Reihe von thüringer Ortschaften die Genossin Helma Steinbach über: „Unsere Waffen im proletarischen Klassenkampf“. Nirgends wurde dieses Thema beanstandet und keine Behörde sah in diesen rein gewerkschaftlichen Veranstaltungen — die Versammlungen

waren sämtlich ausdrücklich als Porzellanarbeiter-Versammlungen ausgeschrieben — irgend eine für den Staat und die Ordnung heraufziehende Gefahr. Nur in Sachsen-Weimar witterten einige Gemeindegroßen hinter diesem Thema einen gefährlichen Zündstoff liegen und waren der festen Ansicht, daß, wenn Frau Steinbach sprechen dürfte, nicht nur Aufregung und eine Störung der öffentlichen Ordnung eintreten würde, sondern schließlich die ganze großherzoglich sachsen-weimarische Staatsherrschaft ins Wackeln kommen könnte. Und zwei Bürgermeistern kommt denn auch das Verdienst zu, durch ihre zeitige Vorsicht den Staat und die „Ordnung“ gerettet und erhalten zu haben. In Martinroda durfte Genossin Steinbach nicht reden und in Blankenhain wurde der Rednerin sogar das Auftreten in einer geschlossenen Zahlstellenversammlung unmöglich gemacht. Ein starkes Polizeiaufgebot hatte den strikten Auftrag, jede Versammlung zu verhindern. Gegen diese Maßnahmen des blankenhainer Stadtgewaltigen wurde seitens der Arbeiter bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde erhoben. Natürlich ohne Erfolg; denn wer erwartet wohl auch, daß eine Bezirksverwaltung in Weimar einen Arbeiter-Versammlungen verbietenden Gemeinde-Vorsteher Gehalt gebieten würde? Interessant an der Entgegnung, die den Beschwerdeführern von der Bezirksverwaltung wurde, ist nur die Art, in welcher die letztere der Beantwortung der gestellten Frage: Ist jenes Thema wirklich zur Aufreizung geeignet? aus dem Wege geht. Die Arbeiter beschwerten sich, daß ihnen eine Gewerkschafts-Versammlung verboten worden sei. Die Bezirksverwaltung aber stellt in ihrer Entgegnung fest, daß es sich ihrer und der Ansicht des blankenhainer Bürgermeisters nach nicht um eine gewerkschaftliche, sondern um eine politische Versammlung gehandelt habe. Gegen das Verbot einer solchen aber hätten sich die Beschwerdeführer gar nicht gewendet, sondern sie sprächen nur von einer Gewerkschafts-Versammlung. Da von einer solchen die Bezirksverwaltung jedoch nichts wisse, erübrigte sich für dieselbe auch die Beantwortung der Frage, ob das Thema in einer Gewerkschafts-Versammlung: „Unsere Waffen im proletarischen Klassenkampf“ zur Aufreizung geeignet sei! Damit fiel denn die Beschwerde unter den Tisch. Es würde schade um jeden Bogen Papier und um jeden weiteren Federstrich sein, wollte man der Verwaltung des 1. Bezirks des Großherzogtums Sachsen-Weimar das Irrige ihrer Ansicht nachweisen und sie überführen, daß es sich doch um eine gewerkschaftliche und keine politische Versammlung handelte. Die Herren wollen das eben so glauben wie sie es zu glauben vorgeben und da ist jede weitere Mühe vergebens. Auch eine weitere Beschwerde würde nichts fruchten. So gut wie sich die Bezirksverwaltung auf selte der Gemeindeverwaltung stellte, ebenso wird sich die höhere Instanz der Ansicht der ihr unterordneten anschließen und am Ende wird immer das Gleiche herauskommen. Das System bezweckt die fast gänzliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit für die Arbeiter und im Grunde genommen handelt es sich nur immer um die Art der Gründe durch die den Beschwerdeführern nachgewiesen werden soll, daß sie als Arbeiter doch überhaupt gar keinen Anspruch auf eine Versammlungsfreiheit haben. Einmal schiebt man den politischen Charakter der Versammlung vor, das andere Mal genügt schon die bloße Ahnung eine Gemeindevorsteher, daß durch einen gewerkschaftlichen Vortrag „eine bringende Gefahr für die öffentliche Ord-

nung“ eintreten könnte, um eine Versammlung „gesetzlich“ unmöglich zu machen. — So sollte jüngst der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Wollmann, in Stadtlengsfeld (Bezirk Dermbach) über das Thema: „Wie wird sich die Zukunft unserer Arbeiterschaft gestalten?“ sprechen. Am 25. August, am Tage vor der Versammlung — wurde die Versammlungsammlung anstandslos vom Gemeindevorstand bestätigt. Die letzten Vorkehrungen für die Versammlung waren getroffen, da ging dem Einberufer plötzlich folgendes Schriftstück zu:

„Gemeindevorstand. Stadtlengsfeld, am 26. August 1904.

Die Abhaltung der für heute abend anberaumten öffentlichen Verbands-Versammlung wird hiermit untersagt.

Gründe:

Die durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleistete gewerbliche Koalitionsfreiheit trifft die geplante Versammlung nicht. Letztere unterliegt vielmehr den Beschränkungen unter die das Landesrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit stellt. Nach der diesseitigen Gesetzgebung ist aber die Abhaltung einer Versammlung zu untersagen, wenn durch dieselbe eine bringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist. Eine solche Gefahr liegt hier vor. Der bestellte Referent ist der Vorsitzende des Verbandes der Porzellanarbeiter und befindet sich nach Inhalt des Verbandsorgans „Die Ameise“ jetzt auf Agitationsreise, um eine allgemeine und intensive Agitation zu betreiben. Die Arbeiter der hiesigen Porzellanfabrik stehen aber dem Verbandsorgan fern und es besteht daher die Gefahr, daß durch die Versammlung die öffentliche Ordnung und der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedroht wird. Diese Gefahr wird noch dadurch erhöht, daß sich die Versammlung nicht nur auf die Porzellanarbeiter beschränkt, vielmehr jeder Fabrikarbeiter eingeladen ist und als Einberufer nicht einmal ein Arbeiter der Porzellanfabrik, sondern ein Arbeiter aus der Filzfabrik tätig ist. Eine derartige allgemeine Arbeiterversammlung mit einem auswärtigen Agitationsredner ist bei den hiesigen einfachen Verhältnissen geeignet, eine bringende Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung mit sich zu bringen. Wittorf.“

Es ist unnötig, auf die mehrfachen Widersprüche, die in diesem Schriftstück enthalten sind, hinzuweisen. Sie treten so schon allzu klar hervor. Aber sicherlich ist dieses Schriftstück insofern interessant, als man in Stadtlengsfeld sich gar nicht erst bemühte, der Versammlung etwas „politisches“ anzuhängen um sie auf Grund dessen zu verbieten. In Stadtlengsfeld drückte man die eigentliche Absicht viel ungeschminkter als in Blankenhain und Weimar aus. Koalitionsrecht? Was ist das für ein Ding? In Sachsen-Weimar kennen „wir“ nur „unser“ Versammlungsrecht! Und auf Grund dieser „Freiheit“ nehmen „wir“ uns die Freiheit, einfach alles zu verbieten, was uns und den Unternehmern nicht paßt. Ihr Arbeiter könnt Euch ja schlimmsten Falls beschweren. Inzwischen ist die Versammlungsgelegenheit längst vorbei und „wir“ haben schon wieder diverse andere Versammlungen verboten und dadurch die öffentliche „Ruhe und Ordnung“ in Sachsen-Weimar erhalten.

— Von der deutschen Justiz! Beim Zimmererstreik in Düsseldorf im Frühjahr kam es infolge des Verhaltens der Christlichen, welche nicht mitmachen, zu Differenzen — und anderen Sachen. So wurde eines Tages

ein am Hauptbahnhofe streikpostenstehendes Mitglied des Zimmererverbandes von einer Anzahl christlichorganisierter Zimmerer bedrängt, gestoßen und beleidigt, auch wurde ihm angekündigt, daß man ihm mit der Art den Schädel einschlagen werde, wenn dasselbe sich auf einer bestimmten Baustelle sehen lassen würde. Gegen die Christlichen wurde Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch die Erhebung der Anklage abgelehnt, weil es sich um eine einfache Mißhandlung und Beleidigung und nur um die Bedrohung mit einem Vergehen handle. — Dem stehen hunderte von Beispielen gegenüber, bei denen es sich um weit weniger gefährliche Drohungen von Streikenden gegen Arbeitswillige handelte. Und doch schritten da Staatsanwalt und Gerichte ein und letztere kamen in einigen Fällen zu gerade barbarischen Strafen. Aber dort Arbeitswillige, hier Streikende! — Wir leben ja auch in „dem Lande mit den vollendeten Rechtsgarantien!“

### Versammlungsberichte etc.

b. **Uthaldensleben.** Am Montag, den 22. August tagte im Delzeischen Lokale eine öffentliche Versammlung der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von zirka 160 Personen besucht war. Zum größten Teil waren unorganisierte Kollegen anwesend. Der Referent, Genosse J. Schneider-Charlottenburg, erledigte sich seiner Aufgabe in ruhiger, sachgemäßer Weise. Redner mied oftmals im Laufe seines Vortrages darauf hin, wie notwendig es sei, sich zu vereinigen und daß es kein anderes Mittel gibt, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, als eine starke gute Organisation. Reicher Beifall aller Anwesenden bezeugte, daß man sich den Ausführungen des Vortragenden anschloß und zu erwarten stand, daß ein großer Teil der Anwesenden sich bei unserem Porzellanarbeiterverband anmelden würde. Leider brauchen manche recht lange dazu, um sich darüber klar zu werden, welche Wege sie für die Zukunft zu wandeln haben. Arbeiter Uthaldenslebens erwacht! Schließt euch den Reihen organisierter Arbeiter an, damit auch ihr einen Teil zur Schaffung besserer Verhältnisse und zur Gestaltung eines menschenwürdigeren Daseins beizutragen im stande seht. — Leider ist der Gastwirt Delze nicht mehr bereit, uns seinen Saal zur Verfügung zu stellen, doch unsere Sache soll es sein, uns weiter zu bemühen, um einen anderen Saal als Versammlungslokal zu besitzen, damit man sich in Zukunft daran gewöhnt, auch die Arbeiter in Uthaldensleben als gleichberechtigte Menschen zu betrachten. — Freunde und Berufsgenossen! Unser Vortragslokal ist bei Fürstenberg. Unterstützt uns in unserm Bestreben.

t. **Berlin II.** Die Zahlstellenversammlung vom 20. August war von 102 Mitgliedern besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der verstorbene Kollege Göbe in üblicher Weise geehrt. Wegen der Kürze der Zeit war es der Verwaltung nicht möglich gewesen einen Kranz zu besorgen und eine Anzeigte im „Vorwärts“ zu veröffentlichen und erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß das Geld, welches sonst dafür ausgeworfen wurde, der Witwe überwiesen worden ist. In Anlehnung an diese Mitteilung gibt der Vorsitzende bekannt, daß in einer Branchensitzung die Porzellanmaler beantragt haben, daß in allen Fällen, wo eine Veröffentlichung nicht mehr stattfinden könne, mittelst Karte einzuladen sei. Diesem Beschluß ist die Verwaltung diesmal nachgegeben, aber gerade die Porzellanmaler haben sämtlich gefehlt. Den Kollegen Hochgeschürb, König, Busch, Weide, Weilbeck und Müller, welche am 1. Mai ohne triftigen Grund fehlten, den mehrfachen Einladungen von Lohnkommission und Verwaltung keine Folge geleistet haben, wird eine Rüge erteilt. Betreffend den Mietszuschuß an die Arbeitslosen findet ein Antrag der Verwaltung Annahme, wonach alle die Mietszuschuß erhalten sollen, welche im ganzen mehr als vier Wochen arbeitslos sind, bei mehrmaligem Unterstützungsbezug soll es maßgebend sein, daß von einem Fall zum andern nicht mehr als vier Wochen verfloßen sind. Die Verwaltung begründete den Antrag mit dem Vorkommnis, daß einem Kollegen, der ziemlich ausgezehrt war und zuletzt hier 28 Tage Unterstützung erhoben hatte, dann einige Wochen gearbeitet und wieder arbeitslos wurde, unter dem bisherigen Modus der Mietszuschuß nicht bewilligt werden konnte. Ein zweiter Antrag befaßte sich mit dem Arbeitsnachweis, welcher gegenwärtig überfüllt ist, so daß manche Kollegen darauf rechnen müssen, wochenlang auf eine Stelle zu lauern. Alle ledigen Leute, sowie alle diejenigen, welche ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises hier in Stellung



